

Erdbeben in der Türkei in einem geopolitischen Kontext



02.03.2023 | Leonid Savin

Jede Katastrophe, ob Naturkatastrophe oder vom Menschen verursacht, ist immer eine Herausforderung für die aktuelle Regierung. Die Opfer und die Gesellschaft insgesamt erwarten von ihrer Regierung sofortiges und vor allem korrektes Handeln und beobachten sowohl die Erklärungen als auch die Aktionen der Führung genau. Eine ähnliche Situation besteht jetzt in der Türkei. Die enorme Tragödie, der Hunderttausende Menschen zum Opfer fielen (etwa 40 000 Tote), wurde nicht nur zu einer Prüfung für das gesamte türkische Volk, sondern auch zu einem Katalysator für politische Kämpfe. Zugleich hat die Opposition begonnen, aktiv zu werden.

Herausforderungen für Erdoğan

Bevor Erdoğan im Fernsehen eine Ansprache an die Nation hielt, erklärte Kemal Kılıçdaroglu, Vorsitzender der größten oppositionellen Republikanischen Volkspartei der Türkei, dass er mit seinen Kollegen, dem Bürgermeister von Istanbul, Ekrem Imamoglu, dem Bürgermeister von Ankara, Mansur Yavas, und dem Bürgermeister von Izmir, Tunç Soyer, nach Hatay reisen werde, die sich bei den Wahlen 2019 gegen die Kandidaten der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) durchgesetzt haben. Kılıçdaroglu richtete am späten Abend des 7. Februar einen Appell an die Bürger von Hatay. Im krassen Gegensatz zu Erdoğan's Ansprache erschien Kılıçdaroglu im Licht einer spärlichen Straßenlaterne in der immer noch stromlosen Stadt, ganz in Schwarz gekleidet, und gab ohne viel Aufhebens dem Regime die Schuld an der Katastrophe, indem er sagte: „Dieser Zusammenbruch ist ausschließlich das Ergebnis einer systematischen Rentier-Politik. We-

der mit Erdoğan, noch mit dem Palast, noch mit diesen Rentier-Banden gibt es eine gemeinsame Basis.“

Am Vorabend des Erdbebens kündigte auch die Oppositionskoalition an, dass sie am 13. Februar ihren Kandidaten für die Wahl gegen Erdoğan benennen werde. Obwohl es Befürchtungen gab, dass es innerhalb der Opposition zu einer Spaltung aufgrund von Streitigkeiten darüber kommen würde, wer als Hauptkandidat antreten würde, zeigten die Tage nach dem Erdbeben Einigkeit. Dies birgt gewisse Risiken für die AKP.

Die türkische Journalistin Ceyda Karan weist auf [sechs wichtige Aspekte](#) hin, die mit den Problemen des Erdbebens und seiner Folgen zusammenhängen:

1. die lange Verzögerung oder die fehlende Hilfe für die Opfer durch den Staat. Dies war auf das Ausmaß der Katastrophe zurückzuführen, so dass der Staat nicht allen gleichzeitig helfen konnte;
2. die unzureichende Reaktion der beim Innenministerium angesiedelten Notfallagentur. Es fehlte an der notwendigen Rettungsausrüstung und an qualifiziertem Personal;
3. Versuche der Opposition, Kritik an der Regierung zu zensieren, und die vorübergehende Sperrung sozialer Netzwerke;
4. der widersprüchliche Einsatz der türkischen Streitkräfte zur Bewältigung des Erdbebens. In den ersten 24 Stunden wurden nur 3.500 Militärangehörige eingesetzt, während sich 50.000 türkische Soldaten und Offiziere in Syrien aufhalten. Rettungsteams aus Russland, Spanien und Israel konnten bereits früher Feldlazarette einsetzen;
5. die Komplexität der für Mai angesetzten Wahlen. Erdoğan hat das Mandat, die Wahlen nur im Falle eines Krieges zu verschieben, und die derzeitige Katastrophe bietet ihm einen negativen Hintergrund für die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung, um eine Mehrheit der Parlamentssitze zu gewinnen;
6. das Verhältnis zur Außenpolitik, denn die Beziehungen der Türkei zu den EU- und NATO-Ländern haben sich am Vorabend des Erdbebens verschlechtert. Umgekehrt gab es eine von Russland vermittelte Annäherung an Syrien.

Der fünfte Punkt ist im Moment der wichtigste, denn nach dem Gesetz können die Wahlen nicht verschoben werden. Aber die Befürworter einer Verschiebung [sagen](#), dass es einen anderen Weg gibt. Der Oberste Wahlrat (YSK), die letzte Instanz bei Wahlstreitigkeiten, kann entscheiden, dass er nicht bereit ist, die Wahlen in den zehn schwer getroffenen Provinzen und inmitten einer beispiellosen Abwanderung von Wählern in andere Städte abzuhalten. So entschied die YSK 1966, dass die Kommunalwahlen verschoben werden können, nachdem ein Erdbeben die östlichen Provinzen zwei Tage vor dem Urnengang erschütterte und die Durchführung der Wahlen unmöglich machte. Es ist wahrscheinlich, dass bald eine Entscheidung getroffen wird, und die Abgesandten der YSK hören sich jetzt die öffentliche Meinung an, um ihren Ruf nicht zu verlieren.

James Ryan vom Foreign Policy Research Institute (USA) brachte die Erdbebenschäden jedoch tatsächlich mit der Arbeit von Erdoğans eigener Partei in Verbindung. Er [schreibt](#):

Der Grund, warum dies für Erdoğan so beunruhigend ist, liegt darin, dass die Art dieser Zehntausende von Todesfällen – eingestürzte Wohngebäude aus Beton – den Kern der Regierungsstrategie seiner Partei trifft. In dem Bestreben, massenhaft neue Wohnungen zu bauen, hat die türkische Regierung Hunderttausende von Ausnahmen von den Erdbebensicherheitsstandards im ganzen Land erteilt, darunter 75.000 Gebäude in dem von diesen Erdbeben betroffenen Gebiet. In den letzten zehn Jahren hat sich diese Entwicklung nicht nur auf den Bau massiver und weitläufiger neuer Wohnprojekte ausgeweitet, sondern auch auf fragwürdige ‚Megaprojekte‘ wie zwei neue Brücken über den Bosphorus und die Dardanellen, einen riesigen neuen Flughafen in den Außenbezirken Istanbuls und ein geplantes Kanalprojekt, das die Meerenge umgehen und eine riesige Schneise durch die türkische Provinz Thrakien schlagen soll.

Dieser Bau wurde zu einem großen Teil mit Auslandsschulden finanziert, die zum großen Teil von den Verbündeten der Türkei am Golf, zunächst von Katar und in jüngerer Zeit von den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien, aufgenommen wurden. Wer Istanbul in den letzten Jahren besucht hat, kann nicht umhin, die Geschwindigkeit zu bemerken, mit der Wolkenkratzer und Entwicklungsprojekte in der Landschaft auftauchen. Weniger gut beobachtet, aber nicht weniger wahr ist, dass diese Entwicklung im ganzen Land in ähnlichem Tempo voranschreitet, insbesondere im sich rasch urbanisierenden Südosten der Türkei, einer Region, die seit 2011 auch die soziale und wirtschaftliche Hauptlast des Zustroms von Millionen syrischer Flüchtlinge zu tragen hat. Um es unverblümt zu sagen: Die AKP-Regierung hat ein Jahrzehnt lang wirtschaftliches und politisches Kapital in diese Region gesteckt, das innerhalb weniger Stunden in den Ruin getrieben wurde.

Natürlich wird Erdoğan für all dies verantwortlich gemacht werden. Obwohl die Verhaftung von Vertretern von Baufirmen, deren Häuser sich als weniger zuverlässig als andere erwiesen haben, bereits bekannt ist, sollte man bedenken, dass dieses Geschäft ohne die Schirmherrschaft der Behörden kaum möglich gewesen wäre. Es wird an der Opposition liegen, die um verschiedene Privilegien gebracht wurde, aktiv nach einem Sündenbock zu suchen.

Erdoğan sollte andere politische Risiken nicht unterschätzen, einschließlich einer möglichen Eskalation von Konflikten innerhalb des Landes. Eine [Studie über die Auswirkungen von Erdbeben](#) auf innerstaatliche Konflikte, die auf einer statistischen Analyse von 185 Ländern zwischen 1975 und 2002 beruht, zeigt, dass Erdbeben „nicht nur die Wahrscheinlichkeit von Konflikten erhöhen, sondern dass ihre Auswirkungen bei Erdbeben höherer Stärke, die in dichter besiedelten Gebieten von Ländern mit geringerem Bruttoinlandsprodukt auftreten, sowie bei bereits bestehenden Konflikten größer sind“.

Der Autor der Studie schreibt: „Obwohl viele Wissenschaftler, politische Entscheidungsträger und Hilfsorganisationen davon ausgehen, dass Naturkatastrophen Gruppen zusammenbringen und Konflikte dämpfen, können Erdbeben tatsächlich innerstaatliche Konflikte fördern, indem sie zu einer Verknappung grundlegender Ressourcen führen, insbesondere in Entwicklungsländern, wo der Wettbewerb um knappe Ressourcen am stärksten ist.“

Externe Einschätzungen

Erol Yaybok vom *Center for Strategic and International Studies* (Washington) konzentriert sich [auf soziale Fragen](#). Er weist darauf hin, dass die physischen und psychologischen Auswirkungen auf die Menschen nach der ersten aktiven Phase der Such- und Rettungsmaßnahmen weitaus größer sind und länger anhalten. Daher müssen internationale Geber und NRO die Lehren aus anderen schnell eintretenden Katastrophen (z. B. Tsunami- und Hurrikan-Hilfe) ziehen, die ähnliche zerstörerische Qualitäten aufweisen, um zu lernen, wie man Hilfe koordiniert, lokale Widerstandsfähigkeit aufbaut und lokale Reaktionsstrukturen nutzt und stärkt.

Neben dem Verlust von Menschenleben bedeutet das Ausmaß der Zerstörung, dass alle Hilfsmaßnahmen durch blockierte Straßen, beschädigte Brücken, Kommunikations- und Stromausfälle, Lebensmittel- und Wasserknappheit und andere kritische Unterbrechungen erschwert werden.

Gaziantep ist das wirtschaftliche und politische Zentrum einer Region, die nach dem Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs im Jahr 2011 buchstäblich an der Front der humanitären Hilfe stand. Von den fast 3,8 Millionen registrierten Flüchtlingen in der Türkei leben über eine Million Syrer in der türkisch-syrischen Grenzregion, fast eine halbe Million allein in der Stadt Gaziantep. Das Erdbeben wird die ohnehin schon angespannte Lage noch weiter belasten. Für die syrischen Flüchtlinge bedeutet das Erdbeben ein neues Trauma, das zu dem alten hinzukommt.

RAND-Experten betrachten das Erdbeben und seine Folgen unter verschiedenen internationalen politischen Gesichtspunkten.

Jessie Riposo [schreibt](#):

Aktuelle Schätzungen der wirtschaftlichen Auswirkungen der Katastrophe umfassen fast 70 Milliarden Dollar an Wohnungsverlusten und weitere 10,4 Milliarden Dollar an wirtschaftlichen Verlusten. Diese vorläufigen Schätzungen liegen wahrscheinlich unter dem Gesamtschaden, da es Monate dauern kann, bis die Gesamtkosten für die Wiederherstellung vollständig bewertet und ermittelt sind. Diese Kosten sind offenbar auf die mangelhafte Bauweise vieler Häuser zurückzuführen, was zu rechtlichen Schritten führen kann, und machen deutlich, wie wichtig es ist, widerstandsfähigere Bauvorschriften und -standards einzuführen. Während die Türkei Schritte zum Wiederaufbau unternimmt, muss sie überlegen, wie sie eine strengere Übernahme und Einhaltung sicherer Baupraktiken durchsetzen kann.

Howard Schatz spricht ein politisch heikleres Thema an und stellt fest, dass „die Hilfe für Syrien ein weitaus schwierigeres Problem darstellt. Der größte Schaden ist in Teilen Syriens entstanden, die zum Teil von der Türkei und mit der Türkei verbundenen Rebellengruppen und zum Teil von der als terroristisch eingestuften Gruppe Hayat Tahrir al-Sham (HTS), einem Ableger von al-Qaida, beherrscht werden.“

Trotzdem wird Hilfe benötigt. Schatz schlägt vor, die als „Weißhelme“ bekannte Gruppe einzubeziehen. Die USA gehören zu den vielen Ländern, die diese Organisation unterstützen. Sie sind jedoch als Provokateure bekannt, die tatsächlich False flags gemacht haben, um die Assad-Regierung zu beschuldigen. Ist der Aufruf von Schatz nicht ein Versuch, die Tragödie für einen weiteren Sabotageakt zu nutzen? Das ist durchaus möglich. Zumal Schatz als eine seiner Hilfoptionen „im

Voraus koordinierte Abwürfe von Hilfsgütern an die Weißhelme“ nennt. Dazu könnten lebensrettende Nahrungsmittel, Wasser, Medikamente und Unterkünfte wie isolierte Zelte gehören. Und wahrscheinlich neue Materialien für Sabotage und Provokation, einschließlich Waffen.

Eine weitere Option ist die Nutzung eines Korridors über die irakische Region Kurdistan durch die kurdisch geführte Autonome Verwaltung von Nord- und Ostsyrien. Dies erfordert Verhandlungen über das Überschreiten der Kontrolllinien entweder mit türkisch geführten Gruppen oder der syrischen Regierung.

Hier zeigt sich, dass Schatz die tatsächliche Situation in Kurdistan falsch einschätzt. Die irakischen Kurden arbeiten nicht mit den syrischen Kurden zusammen. Und selbst als die ISIS eine Bedrohung darstellte, haben die syrischen Kurden nicht mit den irakischen Kurden zusammengearbeitet. Was für Korridore für humanitäre Hilfe gibt es? Aber auch die kurdische Frage selbst muss angesprochen werden, denn in der Türkei haben nicht nur ethnische Türken gelitten, sondern auch Kurden, die in großer Zahl im Osten des Landes leben. In dem erwähnten Gaziantep sind etwa eine halbe Million Menschen ethnische Kurden.

Und James Scheer stellt fest, dass „die Türkei mit einem Problem des ‚überlasteten Zugangs‘ konfrontiert ist. Sicherlich ist Syrien anfälliger dafür, aber die türkischen Luft-, See- und Landtransitrouten werden durch den enormen Zustrom von Hilfs- und Wiederaufbauhilfe überflutet. Das anfängliche ‚Wer zuerst kommt, mahlt zuerst‘-Prinzip bei der Abfertigung von Flügen hat einfach nicht funktioniert. Es scheint auch notwendig zu sein, mit der Türkei über sichere Wiederaufbaupraktiken zu sprechen. Möglicherweise muss die Türkei zunächst die Bewohnbarkeit der noch bestehenden, aber brüchigen Gebäude prüfen. Außerdem müssen die Bauvorschriften überwacht und durchgesetzt sowie die bestehenden Gebäude vor dem nächsten großen Beben erdbebensicher nachgerüstet werden.“

Wahrscheinlich wird es Staaten geben, die bereit sind, unter bestimmten Bedingungen zur Lösung dieser Probleme beizutragen.

Erdbeben-Diplomatie

Jede Naturkatastrophe zeigt natürlich, wer ein echter Partner und Freund der Betroffenen ist und wer die Situation nutzt, um bestimmte Interessen durchzusetzen.

In diesem Zusammenhang [schreibt](#) Fehim Tastekin:

Auch Israel, das kürzlich seine Beziehungen zur Türkei wiederhergestellt hat, macht von der Erdbeben-Diplomatie Gebrauch. Israels Präsident Isaac Herzog rief Erdoğan kurz nach dem ersten Beben an, und Außenminister Eli Cohen traf sich mit dem türkischen Präsidenten in Ankara. All diese Schritte dürften dem Normalisierungsprozess, der Ende Dezember mit der Übergabe des Beglaubigungsschreibens der neuen israelischen Botschafterin in Ankara an Erdoğan offiziell eingeleitet wurde, zusätzlichen Schwung verleihen. NATO-Verbündete wie Frankreich und die USA, die oft mit Erdoğan im Streit liegen, boten ebenfalls Unterstützung an, ebenso wie Finnland und Schweden, deren NATO-Beitrittsgesuche von der Türkei blockiert werden.

China, dessen Behandlung der uigurischen Gemeinschaft oft die bilateralen Beziehungen belastet hat, gewann die Herzen der Türken mit der Entsendung von 467 Rettungskräften und Hightech-Ausrüstung.

Russland, dessen Beziehungen zur Türkei eine Mischung aus Kooperation und Konflikt darstellen, entsandte ein 400-köpfiges Rettungsteam – das fünftgrößte nach Aserbaidschan, Spanien, China und Israel. Nechirvan Barzani, der Präsident der irakischen Regionalregierung Kurdistans, der enge Beziehungen zu Ankara unterhält, aber oft unter den türkischen Militäroperationen auf kurdischem Gebiet zu leiden hatte, reiste ebenfalls in die Erdbebenregion, um seine Solidarität zu zeigen.

In der Diplomatie kommt es jedoch nicht nur auf die Fakten an, sondern auch auf die Darstellung der Informationen. Mit ihrem Vorsprung in der strategischen Kommunikation und der Kontrolle über die globalen Medien können die westlichen Mächte sehr wohl dem Wunschdenken frönen. Der Fleiß und die unentgeltliche Hilfe anderer Länder werden dadurch in den Hintergrund gedrängt.

Bezeichnenderweise führte die Katastrophe nicht zu einer Aufweichung der türkischen Position in Syrien, dessen nördliche Regionen, darunter das türkisch kontrollierte Afrin, ebenfalls verwüstet wurden. Ankara hat sich geweigert, Syrer in die Türkei einzulassen, hat aber zugestimmt, zwei Grenzübergänge für drei Monate wieder zu öffnen, zusätzlich zu einem an der Grenze zu Idlib, um den Fluss der von der UN koordinierten humanitären Hilfe zu ermöglichen. Alle drei Grenzübergänge führen in von den Rebellen kontrollierte Gebiete, während die von der syrischen Regierung kontrollierten Grenzübergänge und die Grenzübergänge zu den kurdisch kontrollierten Gebieten geschlossen bleiben. Humanitäre Konvois aus dem kurdisch kontrollierten Nordosten wurden tagelang von den Türkei-seitig unterstützten Rebellen blockiert, bevor sie die erdbebengeschädigten Gebiete im Nordwesten erreichen konnten, wobei kurdische Quellen die Türkei dafür verantwortlich machten.

Ankara hat auch seine Haltung gegenüber westlichen Ländern nicht aufgegeben, insbesondere wurde nach dem Erdbeben angekündigt, dass die Türkei die Aufnahme Schwedens und Finnlands in die NATO nicht ratifizieren werde. Es gibt Verschwörungstheorien, wonach das Erdbeben auf den Einsatz seismologischer Waffen durch die USA zurückzuführen sei. Auch solche Narrative sollten nicht unterschätzt werden.

Anhänger verschiedener Verschwörungstheorien gibt es in der Türkei zuhauf, während andererseits Muslime (nicht nur in der Türkei) in dem Beben ein apokalyptisches Omen sehen. Dem Islam zufolge sind solche Naturkatastrophen eine göttliche Vorsehung und dienen den Gläubigen als Erinnerung an ihre Existenz. Der Prophet Mohammed sagte, Erdbeben seien eine Warnung des Allmächtigen, weshalb die Gläubigen beten und ihn um Gnade bitten sollten. Es hängt auch damit zusammen, dass die Katastrophe im Jahr des hundertjährigen Bestehens der Republik Türkei stattfand.